

Medienmitteilung

Bundesrat will Medikamentenabgabe durch Ärzte abschaffen

BDP hält in dieser Form nichts von dieser Idee

Die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz BDP hält die Idee des Bundesrates nur dann für diskutierbar, wenn die Hausärzte, vor allem jene in den ländlichen Gebieten, über das Tarifsysteem „Tarmed“ künftig besser gestützt werden. Sonst ist die BDP der Ansicht, dass der geplante Medikamentenabgabestopp nicht redlich und ungerecht ist.

Die BDP Schweiz ist überzeugt, dass ein generelles flächendeckendes Verbot für die Medikamentenabgabe, durch die Hausärzte (ohne die Möglichkeit kantonaler Ausnahmeregelungen) falsch ist, solange das heutige System beibehalten wird. Diese Korrektur wird weder die Interessenskonflikte lösen, noch die Kosten senken. Bevor ein Medikamentenabgabestopp überhaupt diskutiert werden kann, muss das Tarifsysteem „Tarmed“ gleichzeitig umstrukturiert werden. Es kann nicht sein, dass Hausärzte im ländlichen Gebiet ihre Leistungen sowieso schon über ein ungenügendes Tarmed abrechnen müssen und dann zusätzlich keine Medikamente mehr abgeben dürfen. Die BDP Schweiz ist der Meinung, dass die Hausärzte bei den Tarifen in Zukunft für ihre intellektuelle Leistung besser entschädigt werden.

Der Aktivismus, den der abtretende Gesundheitsminister Pascal Couchepin in seinen letzten Tagen zeigt, erachtet die BDP zudem jetzt als unangebracht und wird die Arbeit von seinem Nachfolger Didier Burkhalter sicher nicht erleichtern.

Die BDP Schweiz unterstützt in der Stossrichtung nach wie vor die Anfang Oktober lancierte Volksinitiative „Ja zur Hausarztmedizin“. In vielen Gebieten und Kantonen hat der Hausarzt nach wie vor eine wichtige Gatekeeperfunktion. Die BDP ist überzeugt, dass die Stärkung der Position der Hausärzte über gezielte Anreize geschehen muss und unterstützt daher in erster Linie die Unterstützung und Förderung von verschiedenen Managed Care – Modellen.

Auskunft:

NR Hans Grunder, 079 300 29 87

22. Oktober 2009